

Sozialpartnerschaft in Zeiten der Krise: Eine Erweiterung der Szenarien zur Zukunft der Sozialpartnerschaft in Österreich

1. Szenarien zur Zukunft der Sozialpartnerschaft	136
2. Merkmal 1: Stabilität und Fokussierung auf Kernthemen der Sozialpartnerschaft	138
3. Merkmal 2: Hohes Vertrauen in der Bevölkerung und Legitimator politischer Maßnahmen	140
4. Merkmal 3: Re-Politisierung des Themenfelds Arbeit	141
5. Merkmal 4: Regulierer von Flexibilisierung am Arbeitsmarkt und „modernization broker“	142
6. Fazit	144

*Tobias
Hinterseer*

*Wissenschaftlicher Mitarbeiter
am Zentrum für
Zukunftsstudien,
Fachhochschule
Salzburg. Dissertant
Universität Salzburg/
Institut für Politikwis-
senschaft*

Auszug aus WISO 2/2014

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften
Volksgartenstraße 40
A-4020 Linz, Austria
Tel.: +43 (0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889
E-Mail: wiso@isw-linz.at
Internet: www.isw-linz.at

1. Szenarien zur Zukunft der Sozialpartnerschaft

im Fokus der politikwissenschaftlichen Auseinandersetzung

Die Sozialpartnerschaft in Österreich „(...) stellt nicht den ge-läufigen interessenspolitischen Modus in kapitalistischen Ge-sellschaften (...)“ (Tálos 2008) dar. Das in Österreich etablierte System der industriellen Beziehungen (Austro-Korporatismus) war aufgrund seiner im internationalen Vergleich einzigartigen Beschaffenheit und daraus resultierender Erfolge seit Jahrzehnten im Fokus der politikwissenschaftlichen Auseinandersetzung (zum Beispiel: Katzenstein 1984, Gerlich/Grande/Müller 1988, Sweeny/Weidenholzer 1988, Luther 1992, Heinisch 2000, 2012, Kittel 2000, Tálos 2001, 2012). Seit den 1990er-Jahren haben eine Reihe von Änderungen der sozialen, politischen und öko-nomischen Rahmenbedingungen die „Blütezeit“ der Sozialpart-nerschaft verändert (Tálos 2006). Die politikwissenschaftliche Korporatismusforschung hat daher seit den 1990er-Jahren einen erheblichen Verlust der politischen Einflussnahme der Sozialpartner (Tálos/Stromberger 2004, Karlhofer 2005, Talos 2006, Müller 2006) festgestellt beziehungsweise mögliche Auf-lösungserscheinungen in Aussicht gestellt (Gerlich 1992). Mit der Regierungsbeteiligung der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) kam es zu einer weiteren Zäsur der sozialpartnerschaft-lichen Koordination und des Einflusses.

Re-Vitalisierung

Bereits während und vor allem nach der Regierungszeit von Österreichischer Volkspartei (ÖVP), FPÖ und Bündnis Zu-kunft Österreich (BZÖ) kam es von einem Wiederaufschwung (zum Beispiel der Beschluss zur „Abfertigung Neu“) über eine Re-Vitalisierung (wie der Beschluss über die Sozialpartner verhandelten Novelle zum Arbeitszeitgesetz 2007) bis hin zu einem Zugewinn der sozialpartnerschaftlichen Einfluss- und Machtpotentiale (hier ist beispielsweise die Besetzung von Schlüsselministerien durch Sozialpartner oder der Beschluss von Kurzarbeitsmaßnahmen während der Finanzkrise zu nen-nen). Das spezifisch österreichische korporatistische Setting ist erneut in den Fokus der (internationalen) politikwissenschaftli-chen Forschung gerückt (Afonso 2013, Afonso/Papadopoulos 2013, Paster 2013).

Im Beitrag „Sozialpartnerschaft unter Druck. Trends und Sze-narien“ skizzieren Karlhofer und Tálos im Jahr 2000 drei mög-

liche Szenarien für die sozialpartnerschaftliche Entwicklung in Österreich. Das erste skizziert eine Auflösung des bis dahin in Österreich bekannten Korporatismus, während das zweite, sozusagen als Antithese dazu, eine positive Dynamik für die Sozialpartnerschaft beschreibt: Dies würde ein hohes Maß an Kooperation auf der Makroebene für Österreich bedeuten. Die beiden Autoren sehen diese zwei gegenteiligen Szenarien als unwahrscheinlich an, während sie das dritte – „Parallelität und Gegenläufigkeit von Wandlungsprozessen“ – als realistisch interpretieren. Sie weisen bereits im Jahr 2000 auf eine mögliche Trendentwicklung hin, die während der Finanzkrise Realität geworden ist: Die Dachverbände werden mit unterschiedlichem Gewicht zur Legitimation und Konfliktreduzierung in vielen verschiedenen (politischen) Bereichen herangezogen.

Szenarien für die sozialpartnerschaftliche Entwicklung

Im Jahr 2008 entwirft Tólos erneut drei neue Szenarien zur zukünftigen Entwicklung der Sozialpartnerschaft: (i) Sozialpartnerschaft in Form von Sozialpakten: Hier wäre die tripartistische Entscheidungsfindung zeitlich und inhaltlich begrenzt. (ii) Sozialpartnerschaft als (bipartistisches) Netzwerk: Hier wären nur mehr die ArbeitgeberInnen- und ArbeitnehmerInnenseite als Netzwerk vorhanden. In diesen beiden Szenarien würden laut Tólos „Permanenz und Informalität“ (S.125) als zentrale Merkmale der Sozialpartnerschaft wegfallen. Die Entscheidungskompetenzen würden auf die Tarifpolitik als einziges zentrales Betätigungsfeld beschränkt bleiben. Für den Autor trifft das (iii) Szenario „Weiterbestand der Sozialpartnerschaft in einer ‚abgeschlankten‘ Version“ (125) am ehesten zu. Die Funktionen der Sozialpartnerschaft beschränken sich in diesem Szenario auf genuine Themen der Arbeits- und Sozialpolitik.

Die von den Autoren als realistisch eingestuft Szenarien geben eine sehr plausible Entwicklung für die österreichische Sozialpartnerschaft vor. In Anbetracht der anhaltenden Finanz- und Eurokrise macht es Sinn, die vorgestellten Szenarien um eines zu erweitern, das sich mit der Rolle der Sozialpartnerschaft als Steuerungs- und Koordinierungsinstrument zu Zeiten ökonomischer Krisen befasst.

vorgestellte Szenarien sind um eines zu erweitern

Dieser Beitrag erweitert die bisher bekannten Szenarien zur Entwicklung der Sozialpartnerschaft: Es werden vier Merkmale

eines Szenarios für die Weiterentwicklung der Sozialpartnerschaft in Zeiten ökonomischer Krisen vorgestellt und zur Diskussion gestellt.

2. Merkmal 1: Stabilität und Fokussierung auf Kernthemen der Sozialpartnerschaft

Obwohl in der jüngeren politischen und sozialen Entwicklung Österreichs selbst in den ureigensten Politikfeldern der Sozialpartner ein Machtverlust zu konstatieren ist, sind die Institutionen nach wie vor in vielen Bereichen der Arbeitsmarktpolitik eingebunden. Diese Einbindung fußt in Pfadabhängigkeiten einer im Österreich der 2. Republik traditionellen informellen Einbindung der Sozialpartner.¹ In diesem Bereich haben sich eine Vielzahl von Verhandlungsmustern und Begutachtungsrechten für die Sozialpartner entwickelt. In den letzten Jahren gab es weniger wissenschaftliche Auseinandersetzungen, die sich mit der Rolle der Sozialpartner in der Gesetzgebung beschäftigen. Die letzte spannende Analyse zu diesem Thema haben neben Karhofer und Tólos (2005) die beiden Autoren Tólos und Kittel (2001) vorgenommen. Sie zeigten, dass auch in der „Blütezeit“ der Sozialpartnerschaft die großen Dachverbände nicht immer eingebunden waren – dies betraf auch die Zeiträume der Großen Koalitionen. Trotzdem lässt sich vermuten, dass die tradierten Verhandlungsmuster, und nicht zuletzt auch das Selbstbild und die Legitimationsgrundlage des Vertretungsanspruchs, in arbeitsrechtlichen und sozialrechtlichen Fragen heute eine wichtige Rolle spielen. Diese historisch verwurzelte Machtposition zeigt sich bei der starken Einbindung der Sozialpartner während der Kurzarbeitsmaßnahmen im Jahr 2009 (vgl. hierzu Herzog-Stein et al. 2010, Bock-Schappelwein et al. 2011). Die trotz starker Veränderungen (Tólos 2008) noch immer beachtliche Verflechtung von gesetzgebender Politik und Verbänden sowie eine von Experten gestützte professionelle Verbindung zu Medien sind bestimmende Faktoren der politischen Machtposition der Verbände.

*verwurzelte
Machtposition*

Die Anzahl der NationalrätInnen mit einer Verbandsmitgliedschaft ist in den letzten Jahrzehnten merklich zurückgegangen (siehe zum Beispiel Tólos 2008). Trotzdem gibt es noch immer beträchtliche Verflechtungen zwischen den Sozialpartner-Insti-

tutionen und der Legislative. So waren im Jahr 2011 etwa rund 14% der Abgeordneten des Nationalrats Mitglied im ÖGB oder einer gewerkschaftlichen Teilorganisation (meineabgeordneten.at 2011). Die regierenden Parteien SPÖ und ÖVP koordinieren und akkordieren viele ihrer politischen Ideen und Vorhaben mit den Sozialpartnern. Vor allem in arbeits(markt)politischen Fragen werden politische Inhalte von den Sozialpartnern in die Parteien getragen. Trotzdem kann man nicht von einem unbegrenzten sozialpartnerschaftlichen Einfluss sprechen. Die letzten Diskussionen über die Unvereinbarkeit von Verbandsmitgliedschaft und Nationalratsmandat liegen schon weiter zurück, die letzte große Diskussion zur Unvereinbarkeit von Ämtern war im Jahr 2006 im Zuge des ÖGB/BAWAG-Skandals. Für dieses Szenario ist davon auszugehen, dass die Verflechtungsproblematik kaum relevant sein wird.

*Verflechtungs-
problematik
kaum relevant*

Die Verlagerung von Gesetzgebungsprozessen auf eine europäische, supranationale Ebene hatte einen großen Einfluss auf die Stellung und Macht der Sozialpartnerschaft und des Austro-Korporatismus (vgl. z.B. Dachs et. al. 2006). Es scheint jedoch so, dass sich weitere Europäisierungsschritte nicht unbedingt negativ auf die nationale Gestaltungsmacht der Sozialpartner auswirken werden. Hier scheint wahrscheinlich, dass die Regierungen „(...) weiterhin am komparativen Nutzen eines unter Einbeziehung der Verbände einheitlichen Auftretens auf Gemeinschaftsebene interessiert“ (Karlhofer and Talos 2000, 400) sein werden.

Die in den Jahren 2007/2008 beginnende globale Finanzkrise sowie die darauf folgende „Eurokrise“ erreichte auch Österreich: Europaweite Austeritäts-Maßnahmen, eine nationale Sparpolitik in Kombination mit Bankenrettungspaketen erzeugte eine Krisenstimmung. Parallel zu der von Gerlich/Müller/Grande (1988) thematisierten „ultrastability“ in fiskalpolitisch angespannten Zeiten erleben wir auch aktuell ein starkes Auftreten der Sozialpartnerschaft in Österreich. Trotz eines konstatierbaren Verlusts von politischer Gestaltungsmacht in Fragen der Arbeits- und Sozialpolitik während der Oppositionsphase der SPÖ und der ihr politisch zuordenbaren Sozialpartner Arbeiterkammer und Gewerkschaftsbund blieb das sozialpartnerschaftliche System aufrecht. Diese Stabilität und Gestaltungsmacht lässt sich exemplarisch an der Einführung der Kurzarbeitsmaßnahmen in

ultrastability

Österreich festmachen. Die Kurzarbeitsmaßnahmen zeigen auch die kulturelle Komponente der Sozialpartnerschaft, die eine hohe Stabilität auch in Zukunft garantiert. So haben der Arbeitsminister (SPÖ) und der Wirtschaftsminister (ÖVP) auf zwei Gipfeln mit österreichischen Leitbetrieben die Kurzarbeit² verhandelt.

3. Merkmal 2: Hohes Vertrauen in der Bevölkerung und Legitimierer politischer Maßnahmen

Ein wichtiger Bestandsfaktor für die Sozialpartnerschaft ist das Vertrauen in stabile Institutionen während ökonomisch unsicherer Zeiten. Die großen Dachverbände genießen ein hohes Vertrauen und sind in letzter Zeit von größeren politischen Skandalen verschont geblieben. Der Skandal um den Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) und die Bank für Arbeit und Wirtschaft (BAWAG) wirkt in diesem Zusammenhang kaum nach. Das Vertrauen in die PolitikerInnen war in den letzten Jahren in Österreich gering und wurde durch die „Krise(n)“ noch verstärkt. Durch diverse Korruptionsskandale und die jüngsten Finanzskandale wie etwa im Land Salzburg scheint hier auch keine Besserung in Sicht zu sein. Die VertreterInnen der großen Dachverbände (vor allem Spitzenreiter Arbeiterkammer sowie auch Österreichischer Gewerkschaftsbund) hingegen besitzen trotz ihrer politischen Nähe zu den großen Parteien und der politischen Verflechtung bis in den Nationalrat einen viel höheren Grad an Vertrauen und attestierter Problemlösungskompetenz als die Regierung beziehungsweise als die Regierungsparteien. Die Parteien haben mit der Besetzung hoher politischer Ämter mit Sozialpartnern in den letzten Jahren gute Erfahrungen gemacht. So genießen etwa Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner und Sozialminister Rudolf Hundstorfer ein im Vergleich mit anderen BundespolitikerInnen sehr hohes Vertrauen in der Bevölkerung. Der Arbeiterkammer wird das meiste Vertrauen gegenüber Institutionen entgegengebracht, Gewerkschaftsbund und Wirtschaftskammer haben auch eine positive Vertrauensbilanz (vgl. OGM 2012, OGM 2013a, OGM 2013b).

Dachverbände genießen höheren Grad an Vertrauen und attestierter Problemlösungskompetenz als Regierung

Man kann heute im Vergleich zu den Blütejahren der Sozialpartnerschaft sicher nicht mehr von einer umfassenden Einbindung der Sozialpartner sprechen. Gerade aber in Krisenzeiten ist ein korporatistisch geprägter Gesetzgebungsprozess ein wichtiges

Tool für die Regierung, den politischen Druck zu verringern. Daher ist für dieses Szenario davon auszugehen, dass das Vertrauen in die Sozialpartnerschaft hoch bleiben wird und Regierungen ungeachtet ihrer Zusammensetzung in „krisenhaften“ Zeiten die Sozialpartnerschaft brauchen, „(...) um sowohl die Legitimationsbasis zu verbreitern und Konfliktpotentiale zu reduzieren als auch die verbandliche Problemlösungskompetenz zu nützen“ (Karlhofer and Talos 2000, S. 400). Probleme und Konflikte werden sozusagen an Institutionen ausgelagert, die durch ein hohes Vertrauen in der Bevölkerung legitimiert sind. Diese Einbindung der Sozialpartner vergrößert wiederum ihren Einfluss – vor allem in arbeitspolitischen Fragen. Dies zeigen eindrucksvoll die schon angesprochenen Kurzarbeitsmaßnahmen in Österreich seit 2009.

Probleme und Konflikte werden an Institutionen „ausgelagert“

Die Regierungsparteien nutzen nicht nur gerade in angespannten ökonomischen und politischen Zeiten die Sozialpartner als Legitimationsgrundlage und Koordinationshilfe für die Umsetzung heikler politischer Maßnahmen. Nicht zu vergessen ist auch die für die Parteien und Ministerien wichtige Expertise in den zentralen sozialpartnerschaftlichen Themenfeldern wie Arbeits- und Sozialpolitik. Die von der ÖVP/FPÖ-Regierung forcierte „speed kills“-Vorgangsweise im Gesetzwerdungsprozess prägte einen neuen Politikstil in der 2. Republik und beschnitt den Einfluss sowie die Gestaltungsmöglichkeiten der Sozialpartnerschaften, wie bei Tálós/Stromberger (2004) gezeigt wird, massiv. Die unerwarteten Protestbewegungen im Zuge der Pensionsreform und das ebenfalls unerwartete Mobilisierungspotential der ArbeitnehmerInnen-Vertretung wandelte die Aufbruchsstimmung der Reformen bei vielen WählerInnen in eine Entfremdung zur Regierung um. Um eine breitere Legitimationsgrundlage in der Bevölkerung zu erhalten, suchten die Regierungsparteien bei den darauf folgenden Gesetzesvorhaben im Bereich der Arbeits- und Sozialpolitik wieder mehr Nähe zu den Sozialpartnern und drosselten die Geschwindigkeit. Dies zeigt sich exemplarisch an den Verhandlungen mit starker Einbindung der Sozialpartner zu den im Jahr 2007 beschlossenen Novellierungen zum Arbeitszeitgesetz.

mehr Nähe zu den Sozialpartnern

4. Merkmal 3: Re-Politisierung des Themenfelds Arbeit

Die Sozialpartnerschaft hat den Anspruch, den Klassenkonflikt von Kapital und Arbeit „von der Straße“ auf den Verhandlungs-

*Re-Politisierung
der Arbeitspolitik*

tisch zu verlagern. Eine funktionierende Sozialpartnerschaft kann diesen Widerspruch der Interessen institutionalisieren, jedoch nicht auflösen. Die Bewegung der Parteien in die politische Mitte und der neo-liberale Versuch, Arbeitsmarkt- und Fiskalfragen auf simple angebots- und nachfrageorientierte Marktmodelle zu reduzieren, führte zu einer Entpolitisierung arbeitspolitischer Fragen. Das Arbeitsmarkts-Instrument „Flexicurity“, wo Kapital durch Flexibilität und Arbeit durch security ersetzt wurde, ist Ausdruck dieser Entwicklung (vgl. Hinterseer 2011). Das Einsetzen der Finanzkrise und des damit einhergehenden engeren Budgets (Verlust von Steuereinnahmen durch eine allgemeine Rezession, Bankenrettungsprogramme, Euro-Rettungsschirme etc.) führte zu einer Re-Politisierung der Arbeitspolitik. Ein Merkmal dafür sind die zunehmend härter und rauer geführten Kollektivvertragsverhandlungen (vgl. Allinger 2013, derstandard.at 09.01.2013). Festmachen lässt sich dies an den für die gesamten Lohnverhandlungen richtungsweisenden Metaller-Lohnrunden für den Herbst 2013. Nach einem Vorschlag der Gewerkschaft zu von der Industrie bereits jahrelang geforderten Arbeitszeitflexibilisierungen (PRO-GE 23.07.2013) kam es bereits seit Mitte des Jahres 2013 zu großen Unstimmigkeiten. Der Fachverband der Metaller FMMI wollte nicht mit allen anderen Fachverbänden der Metallbranche, sondern gesondert mit der Gewerkschaft verhandeln und deutete die Vorschläge der Produktionsgewerkschaft PRO-GE als „bezahlte Arbeitszeitverkürzung“ (FMMI 24.07.2013). Der Österreichische Gewerkschaftsbund hingegen sah darin eine Gefährdung des für die Sozialpartnerschaft zentralen Kollektivvertrags (vgl. diepresse.com 23.07.2013).

5. Merkmal 4: Regulierer von Flexibilisierung am Arbeitsmarkt und „modernization broker“

Es zeigt sich eine starke Konsistenz der sozialpartnerschaftlichen Institutionen trotz radikal veränderter ökonomischer und politischer Rahmenbedingungen nach den sozialpartnerschaftlichen „Hochblütejahren“ der 1960er- und 1970er-Jahre. „Der Paradigmenwechsel in Richtung neoliberaler Wirtschaftspolitik erfolgte in Österreich (...) im Rahmen überraschend stabiler Institutionen“ (Hermann and Flecker 2010, S. 44). Die Arbeiterkammer etwa hat, auch als Antwort auf die veränderten Rahmenbedingungen,

vermehrt auf ein Servicedienstleistungs-Angebot gesetzt. Die Struktur und die Art der Interessensartikulation und Verhandlungsmodi der Sozialpartner (vorparlamentarischer Raum, mediale Einflussnahme etc.) haben sich jedoch kaum verändert.

Der über die Sozialpartner maßgeblich koordinierte Korporatismus hat sich zunehmend von einem nachfrage- zu einem angebotsorientierten gewandelt (Traxler 1993). In Anlehnung an die Typologisierung von Streeck und Thelen (2005) kann dieser institutionelle Wandel als „conversion“ interpretiert werden, da hier traditionelle institutionelle Strukturen neue Aufgaben übernehmen. Es „(...) wurde die Sozialpartnerschaft in zunehmendem Maße dazu benutzt, den kontinuierlichen Rückbau des Sozialstaates zu organisieren und zu legitimieren“ (Hermann and Flecker 2010, S. 43). Der von Heinisch 2000 beobachtete „current status“ der Sozialpartnerschaft als „organised decentralization and flexibility of work organisation“ deckt sich mit dieser Ansicht und hat im Kontext der Bewältigung der Folgen der Finanzkrise auch heute Relevanz.

Trotz dieser „conversion“ lassen sich nach wie vor eine starke Verhandlungs- und Durchsetzungsmacht der Sozialpartner im Bereich der Kollektivverträge und ein Wiedererlangen von Gestaltungsräumen⁴ in arbeitspolitischen Fragen konstatieren. Zu nennen sind der Beschluss zur Neuregelung der Abfertigung (Mitarbeitervorsorge) im Jahr 2002, die Novellierungen zum Arbeitszeitgesetz (2007) sowie die Verabschiedung des Flexicurity-Paktes im selben Jahr. Um die hohe Kollektivvertragsrate zu halten und sich auch in den zunehmenden flexibleren Arbeitsformen zu etablieren, stimmten die Gewerkschaften in der Vergangenheit einer verstärkten Arbeitszeitflexibilisierung zu (vgl. Hermann und Flecker 2010). Wie gezeigt wurde, agieren die Gewerkschaften jedoch aktuell wieder kämpferischer und selbstbewusster. In diesem Zusammenhang lässt sich der Ansatz von Heinisch (2000) wieder aufgreifen, der die Sozialpartnerschaft als „modernization broker“ definiert: „(...) By helping to stabilize Austria's social and political climate, Austro-corporatism became primarily a facilitator and conduit of external pressures“ (Heinisch 2000, S. 92). In den Kollektivvertragsrunden im Jahr 2013 konnten so die Sozialpartner trotz der angespannten wirtschaftlichen Lage „bemerkenswerte Innovationen“ (vgl. Marterbauer 2014) für die ArbeitnehmerInnen verhandeln.

*„modernization
broker“*

6. Fazit

gute wirtschaftliche und auch soziale Performance Österreichs während der Finanzkrise

In den letzten Jahren gab es kaum eine akademische Auseinandersetzung mit der Entwicklung und Zukunft der Sozialpartnerschaft in Österreich (Allinger 2013). Dabei war aber genau dieses spezifische System der industriellen Beziehungen verantwortlich für die gute wirtschaftliche und auch soziale Performance Österreichs während der Finanzkrise. In Europa sind korporatistische Strukturen wie etwa die Gewerkschaftsdichte zurückgegangen, während korporatistische Abläufe stabil geblieben sind (Afonso/ Papadopoulos 2013) und sich nationale Verhandlungsmodi zwischen Regierung und Sozialpartnern keineswegs aufgelöst haben. In diesem Kontext lässt sich auch vermuten, dass in Zeiten von unpopulären politischen Maßnahmen als Folge von Austeritätspolitiken eine Akkordierung mit Sozialpartnern den Regierungen wichtige Legitimationshilfen bietet.

Tálos (2008, 2012) sieht in der Post-ÖVP/FPÖ/BZÖ-Regierungszeit eine Wiederbelebung der Sozialpartnerschaft. Dies bedeutet zwar keine Rückkehr zur Stärke der 1960er- und 1970er-Jahre, jedoch eine merkbliche Aufwertung.⁵ Tálos geht davon aus, dass die Stärke der Sozialpartnerschaft mit der Regierungsbeteiligung von ÖVP und SPÖ zusammenhängt. Die ÖVP/FPÖ/BZÖ-Regierungszeit hat dies gezeigt: Der Spielraum und die Einbindung der Sozialpartner war merklich geringer, führte aber zu keiner existentiellen Bedrohung der Sozialpartnerschaft. Sie kann trotz stark geänderter politischer, ökonomischer und institutioneller Rahmenbedingungen noch immer als „soft veto player in Austrian social policy-making“ (Heinisch 2012, S. 137) gesehen werden. So bestehen weiterhin beträchtliche Akkordierungs- und Einbindungsspielräume für die Sozialpartner.

Sozialpartnerschaft steckt in keinem existenzbedrohenden Erosionsprozess

Politische, ökonomische und kulturelle Veränderungen haben die Stellung und den Einfluss der Sozialpartnerschaft verändert. Diese Erweiterung der Szenarien zur Zukunft der Sozialpartnerschaft um ein „Krisenmodell“ möchte jedoch zeigen, dass die Sozialpartnerschaft in keinem existenzbedrohenden Erosionsprozess steckt.⁶ Gerade in arbeits- und sozialpolitischen Themen wird sie in den nächsten Jahren eine aktive und einflussreiche Rolle spielen.

Anmerkungen

1. Zur Sozialpartnerschaft nach 1945 und zum spezifischen Modell des (Neo-)Korporatismus wurde in Österreich eine intensive Forschung getrieben. Stellvertretend hierfür sind unter anderem zu nennen: Karlhofer /Talos 2000, Kittel 2000, Tálos/Stromberger 2004, Karlhofer 2005, Marterbauer 2005, Tálos 2005, Tálos/Stromberger 2005, Karlhofer /Tálos 2006, Tálos 2008.
2. Durchschnittlich kam es in Österreich zu einer Arbeitszeitreduktion von 25%. Das WIFO und das AMS gehen davon aus, dass dadurch etwa 6.500 Vollzeit-jobs und im „Krisenjahr 2009 rund 8400 Jobs gerettet wurden“ (Lammer 13.2. 2011). Diese Zahlen zeigen, dass diese Maßnahmen eine wichtige Kriseninterventionsmaßnahme waren (Bock-Schappelwein et al. 2011) , die in voller Koordination mit und durch die Sozialpartner stattfanden.
3. Dieser von Andreas Kohl geprägte Begriff stand stellvertretend für den neuen politischen Stil der ÖVP/FPÖ-Regierung zu Beginn der 2000er-Jahre.
4. Mit der ÖVP/FPÖ-Regierung schien ein nachhaltiges Zurückdrängen und Entmachten des sozialpartnerschaftlichen Einflusses sehr realistisch (vgl. Karlhofer/Tálos 2006; Tálos/Stromberger 2004).
5. Exemplarisch lässt sich dies an einer noch nie in der 2. Republik dagewesenen gemeinsamen Stellungnahme aller Sozialpartner zum Gesetzesentwurf zur Novellierung des Arbeitszeitgesetzes im Jahr 2007 festmachen.
6. Eine Auflösung der Sozialpartnerschaft ist grundsätzlich möglich, „(...) zurzeit allerdings nicht absehbar.“ (Tálos 2012, 214).

Literatur

- Allinger, B., Austria: Impact of the crisis on industrial relations, EIRO Online, last update 18. Juni 2013, URL: <http://www.eurofound.europa.eu/eiro/studies/tn1301019s/at1301011q.htm>, abgerufen am 10. 01. 2014
- Afonso, A., Social Concertation in Times of Austerity. European Integration and the Politics of Labour Market Reforms in Austria and Switzerland, Amsterdam University Press Amsterdam, 2013
- Afonso, A./Papadopoulos, Y., Europeanization or Party Politics? Explaining Government Choice for Corporatist Concertation, in: Governance 26(1)/ 2013, S. 5-29
- Arbeitsmarktservice Österreich, Kurzarbeit, 2009
- Bock-Schappelwein, H./Mahringer, J./Rückert, E., Kurzarbeit in Deutschland und Österreich, Arbeitsmarktservice Österreich, 2011
- Eichmann, H., Befragung via E-Mail, 28.09.2010
- Dachs, H. et.al (Hg.), Politik in Österreich. Das Handbuch, Manz'sche Verlagsbuchhandlung, Wien 2006
- derstandard.at, Proyer: Lohnkonflikte werden zunehmen (09.01.2013), URL: <http://derstandard.at/1356427088298/GPA-Proyer-Lohnkonflikte-werden-zunehmen> (abgerufen am 10.08.2013)
- diepresse.com, Gewerkschaft: Industrie will Metaller-KV zerstören, 23.07.2013, URL: http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/1433620/Gewerkschaft_Industrie-will-MetallerKV-zerstoeren?from=simarchiv, abgerufen am 24. 07. 2013
- Gerlich, P./Grande, E./Müller, W.C., Corporatism in Crisis: Stability and Change of Social Partnership in Austria, in: Political Studies 36/1988., S. 209-23
- Gerlich, P., A Farewell to Corporatism, 1992, in: Luther, K.R./Müller, W.C., Politics in Austria: Still a Case of Consociationalism, Frank Cass, London 1992, S. 132-146
- FMMI, FMWI: Wirtschaftsflaute ist auch bei den Maschinenbauern angekommen (14.07.2013), URL: [http://www.fmmi.at/presse-aktuelles/presseaussendungen/detail/?tx_news_pi1\[controller\]=News&tx_news_pi1\[action\]=detail&tx_news_pi1\[news\]=261&cHash=842cf50368ab5e0ec4a7f23585cc2160/](http://www.fmmi.at/presse-aktuelles/presseaussendungen/detail/?tx_news_pi1[controller]=News&tx_news_pi1[action]=detail&tx_news_pi1[news]=261&cHash=842cf50368ab5e0ec4a7f23585cc2160/) abgerufen am 20.07.2013

- Heinisch, R., Coping with Economic Integration: Corporatist Strategies in Germany and Austria in the 1990s, in: West European Politics, 23: 67/ 2000
- Heinisch, R., Austrian Social Policy Reform in the Era of Intergration and Rising Populism, 2012, in: Cohen et. al. (Hg.), Social Policy in the Smaller European Unions States, Berghahn Books, 2012, S. 131-152
- Hermann, C./Flecker, J., Das „Modell Österreich“ Im Wandel, in: Hermann, C./Atzmüller, R. (Hg.), Die Dynamik des österreichischen Modells: Brüche und Kontinuitäten im Beschäftigungs- und Sozialsystem, eds. edition sigma, Berlin 2010
- Herzog-Stein, A./Lindner, F./Van Treeck, T., Vom Krisenherd zum Wunderwerk? Der Deutsche Arbeitsmarkt im Wandel, in: IMK Report 56/ 2010
- Hinterseer, T., Flexicurity in Österreich – Sozialpartnerschaft just renamed?, in: Hamburg Review of Social Science, Vol 6:2/2011, S. 57-76, URL: http://www.hamburg-review.com/fileadmin/pdf/06_02/Druckfahne_Flexicurity.pdf
- Karlhofer, F./Talos, E., Sozialpartnerschaft unter Druck. Trends und Szenarien, 2000, in: Pelinka, A./Plasser, F./Meixner, W. (Hg.), Die Zukunft der Österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien, S. 381-402
- Karlhofer, F., Verbände: Mitgliederorientierung und strategische Neuausrichtung Sozialpartnerschaft. Österreichische und Europäische Perspektiven, LIT-Verlag, Münster 2005
- Karlhofer, F., Verbände: Mitgliederorientierung und strategische Neuausrichtung, 2005, in: Karlhofer, F./Tálos, E. (Hg.), Sozialpartnerschaft. Österreichische und Europäische Perspektiven, LIT-Verlag, Münster/Wien 2005
- Karlhofer, F./Tálos, E., Sozialpartnerschaft am Abstieg, 2006, in: Tálos, E. (Hg.), Schwarz-Blau. Eine Bilanz des „Neu-Regierens“, LIT-Verlag, Wien 2006, S. 102-16
- Katzenstein, P. J., Corporatism and Change – Austria, Switzerland, and the Politics of Industry, Cornell University Press, Ithaca and London 1984
- Kittel, B., Deaustriification? The Policy-Area-Specific Evolution of Austrian Social Partnership, in: West European Politics 23: 108/ 2000
- Lammer, B., Kurzarbeit: Teures Kriseninstrument läuft aus, in: diepresse.com, 13.02.2011, URL: http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/633759/Kurzarbeit_Teures-Kriseninstrument-laeuft-aus?from=suche.intern.portal, abgerufen am 20.03. 2013
- Luther, K.R./ Müller, W.C., Politics in Austria: Still a Case of Consociationalism, Frank Cass, London 1992
- Marterbauer, M., V eränderte Rahmenbedingungen und Präferenzen in der Wirtschaftspolitik, Sozialpartnerschaft, 2005, in: Karlhofer, F./Tálos, E. (Hg.), Sozialpartnerschaft. Österreichische und Europäische Perspektiven, LIT-Verlag, Münster/Wien 2005
- Marterbauer, M., Bemerkenswerte Innovation: Die Freizeitregelung im Kollektivvertrag, 08.01.2014, URL: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/bemerkenswerte-innovation-die-freizeitoption-im-kollektivvertrag/>, abgerufen am 12.01.2014
- Meineabgeordneten.at, Die Gewerkschaften und ArbeitnehmervertreterInnen im Parlament, 18.11.2011, URL: <http://www.meineabgeordneten.at/News/detail/Die-Gewerkschaft%28en%29-und-ArbeitnehmervertreterInnen-im-Parlament>, abgerufen am 30.07.2013
- Moser, R., Sozialpartnerschaftliche Arbeitsmarktpolitik in Österreich, Diplomarbeit Universität Wien, 2009
- Müller, W., Towards a Liberal Market Economy? Political Economy and Political Forces of Change in Austria, 2006
- OGM, OGM/APA Vertrauensindex-Institutionen, März 2012, URL: http://www.ogm.at/inhalt/2012/06/Institutionen_Maerz12.pdf, abgerufen am 30. 09.2013
- OGM, OGM/APA Vertrauensindex-BundespolitikerInnen, Dezember 2013, 2013a, URL: http://www.ogm.at/inhalt/2013/12/innenpolitik/Bundespolitiker_De-zember13.pdf, abgerufen am 15.01.2014

- OGM, OGM/APA Vertrauensindex-BundespolitikerInnen, 2013b, URL: <http://www.ogm.at/apaogm-vertrauensindex-bundespolitikerinnen-5>, abgerufen am 15.01.2014
- orf.at, WIFO und IHS sehen baldige Erholung, 20.12.2012, URL: <http://oesterreich.orf.at/stories/2564055>, abgerufen am 25.10.2013
- Paster, T., Why Did Austrian Business Oppose Welfare Cuts? How the Organization of Interests Shapes Business Attitudes Toward Social Partnership, in: Comparative Political Studies, online first, Juni 2013
- PRO-GE., Metaller-KV: FMMI beharrt auf eigenen Verhandlungen, 23.07.2013, URL: http://www.proge.at/servlet/ContentServer?pagename=P01/Page/Index&n=P01_4.a&cid=1374224245194, abgerufen am 25.07.2013
- Schulmeister, S., Die große Krise, Beginn der Talsohle des „langen Zyklus, in: Ötsch, O./ Hirte, K./Nordmann, J. (Hg.), Krise! Welche Krise?, Zur Problematik aktueller Krisendebatten, kritische Studien zu Markt- und Gesellschaft, Band 3, Metropolis, 2010, S. 77-109
- Streeck, W/Thelen, K., Introduction: Institutional Change in Advanced Political Economies, in: Streeck, W/Thelen, K., Beyond continuity: Institutional change in advanced political economies, University Press, New York/Oxford 2005, S. 1-39
- Sweeney, J./Weidenholzer, J., Austria: A Study in Modern Achievement, Avebury, Aldershot, 1988.
- Tálos, E., Ende Der Sozialpartnerschaft? Zäsuren in Österreichischer Interessenpolitik, Anlassfall Österreich. Die EU auf dem Weg zur Wertegemeinschaft. Nomos-Verlag, Baden-Baden 2001, S. 35-45
- Tálos, E., „Vom Vorzeige- zum Auslaufmodell? Österreichs Sozialpartnerschaft 1945 bis 2005, in: Karhofer, F./Tálos, E. (Hg.), Sozialpartnerschaft. Österreichische und Europäische Perspektiven, LIT-Verlag, Münster/Wien 2005, S. 185-216
- Tálos, E., „Sozialpartnerschaft: Austrokorporatismus Am Ende?“, in: Dachs et. al. (Hg.), Politik in Österreich. Das Handbuch, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien 2006, S. 425-42
- Tálos, E., Sozialpartnerschaft. Ein zentraler politischer Gestaltungsfaktor in der Zweiten Republik: StudienVerlag, Wien/Innsbruck/Bozen 2008
- Tálos, E., Sozialpartnerschaft: Ein rechtlich nicht verankerter Mitgestaltungsfaktor österreichischen Rechts, in: Ehs. T. et. al. (Hg.), Politik und Recht – Spannungsfelder der Gesellschaft, facultas Wien 2012, S. 195-215
- Tálos, E./Kittel, B., Gesetzgebung in Österreich: Netzwerke, Akteure und Interaktionen in politischen Entscheidungsprozessen, WUV-Universitätsverlag, Wien 2001
- Tálos, E./Stromberger, C., Verhandlungsdemokratische Willensbildung und korporatistische Entscheidungsfindung am Ende? Einschneidende Veränderungen am Beispiel der Gestaltung des österreichischen Arbeitsrechts, In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 33:2/2004, S. 157-174
- Tálos, E./Stromberger, C., Zäsuren in Der Österreichischen Verhandlungsdemokratie, in: Karhofer, F./Tálos, E. (Hg.), Sozialpartnerschaft. Österreichische und europäische Perspektiven, LIT-Verlag, Münster/Wien 2005, S. 79-108
- Traxler, F., Vom Nachfrage- Zum Angebotskorporatismus, 1993, in: Talos, E. (Hg.) Sozialpartnerschaft – Kontinuität und Wandel eines Modells, Wien 1993, S. 103-116

WISO

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinandergesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
 Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
 Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



Oberösterreich

BESTELLSCHHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
 1 ISW Publikationsverzeichnis
- Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)
 Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
 Volksgartenstraße 40, A-4020 Linz
 Tel. ++43/732/66 92 73
 Fax ++43/732/66 92 73-28 89
 E-Mail: wiso@isw-linz.at
 Internet: www.isw-linz.at